

## **Wissen, Streit und Macht – (wie) kann die Wissenschaft der Gerechtigkeit dienen?**

*Maria-Sibylla Lotter*

*Professorin für Ethik und Ästhetik mit besonderer Berücksichtigung der Philosophie der Neuzeit an der Ruhr-Universität Bochum*

### **1. Die Funktion der freien Debatte in den Wissenschaften**

In den westlichen Demokratien wird der von politischen Vorgaben freien Debatte in der Wissenschaft eine unverzichtbare Funktion für die demokratische Gesellschaft zugeschrieben. Damit man sich wenigstens über Tatsachenfragen einigen kann, muss sich die öffentliche Diskussion auf die Wissenschaft als unparteiliche und an besondere Qualitätsstandards gebundene Quelle des Wissens stützen können, deren Ergebnisse zwar nicht unfehlbar und mitunter umstritten sind, aber den jeweiligen Stand einer gründlichen Prüfung repräsentieren, die nicht politischen Anweisungen oder ideologischem Wunschdenken folgt. Darüber hinaus dient auch die Form der sachlichen Debatte in den Wissenschaften als Vorbild einer friedlichen, mit Sachargumenten ausgetragenen Diskussion in der Öffentlichkeit.

Wie alle Grundrechte lebt die Wissenschaftsfreiheit allerdings von Voraussetzungen, die der staatliche Schutz allein nicht garantieren kann (Böckenförde-Diktum). Entfalten kann sie sich nur in einer Debatten- und Streitkultur, in der sich die einzelnen Wissenschaftler:innen frei fühlen, ohne Angst vor Bedrohungen, sozialen Sanktionen und beruflichen Nachteilen ihre Überlegungen zur Diskussion stellen sowie Kritik üben zu können und hier auch institutionell unterstützt werden. Diese Streitkultur hängt vor allem davon ab, dass alle Beteiligten – Forschende, Lehrende und Studierende – eine offene wissenschaftliche Kontroverse auch zu heiklen Themen wertschätzen.

Schon Kant hat in seinem berühmten Aufsatz „Was ist Aufklärung?“ darauf hingewiesen, dass die menschliche Vernunft auf den freien Austausch mit Andersdenkenden angewiesen ist. Diese Einsicht wird durch die experimentelle Psychologie und Kognitionswissenschaft immer wieder bestätigt. Die einzelne Wissenschaftlerin denkt unabhängig vom Grad ihrer Intelligenz voreingenommen. Sie hält nach Gründen Ausschau, die ihre Meinungen bestätigen, und nicht nach dem, was gegen sie sprechen könnte. Auch Genies sind da nicht besser als andere: Sie suchen nach Bestätigungen für das, was sie ohnehin schon denken. Die Fähigkeit, die wir als Verstand bezeichnen – vorhandene Informationen zu prüfen und Argumente für und wider bestimmte Annahmen und Handlungsoptionen abzuwägen –, entwickelt sich nur im sozialen Raum, aber auch nicht in einer allzu harmonischen Gruppe. Sie bedarf einer agonalen Form der Debatte<sup>1</sup> – durch Groupthink wird die Voreingenommenheit einzelner hingegen noch verstärkt. Wissenschaft ist daher nur als ein kollektives Unternehmen möglich, das intellektuelle Divergenz fördert und in eine robuste Debattenkultur einbindet, die alle nötigt, nicht nur ihre Hypothesen, sondern auch die Tauglichkeit ihrer Begrifflichkeiten und ihrer theoretischen

---

<sup>1</sup> Zum Stand der Forschung vgl. Hugo Mercier & Dan Sperber, *The Enigma of Reason*, Cambridge 2017.

Grundannahmen zu hinterfragen. In der Theorie ist das auch unumstritten. In der Praxis gibt es derzeit nicht nur in autoritären Systemen, sondern auch in der westlichen Welt zunehmend Versuche von innerhalb der Universitäten, der akademischen Rede- und Forschungsfreiheit Grenzen zu setzen.

## 2. Neue Risse in der akademischen Debattenkultur

Eines der auffälligeren gegenwärtigen Symptome einer Krise der akademischen Debattenkultur ist die Praxis, die Ausladung von Vortragenden zu fordern oder sie am Reden zu hindern. Das ist in Deutschland und Österreich zwar nichts ganz Neues; die Älteren unter uns erinnern sich noch an die massiven Störungen der Vorträge von Peter Singer 1989 und die Absage von Konferenzen. Im letzten Jahrzehnt haben die Versuche, Vorträge oder Konferenzen zu verhindern, allerdings zugenommen. Was ist anders geworden?

In Deutschland und Österreich haben auch schon früher gewisse Motivationslagen zur Einschränkung der freien Debatte mit Blick auf bestimmte Themen oder zur Ausgrenzung einzelner Personen geführt. Die erste entsprang der Angst vor Themen oder Meinungen, die irgendwie mit dem Nationalsozialismus assoziiert werden könnten; dieser Sorge entsprangen z.B. die Missverständnisse die Ethik Peter Singers betreffend und die Überzeugung, hier würden die intellektuellen Grundlagen für ein Euthanasieprogramm wie bei den Nazis entwickelt, wogegen man vorgehen müsse. Die zweite ergibt sich aus der politischen Unterteilung der Welt in die, die zu uns gehören, und die anderen. Zu dieser Aufteilung neigt man sowohl auf linker wie rechter Seite. (Nach den 68ern, als noch die Mehrheit der Hochschulangehörigen konservativ war, konnte es in deutschen Berufungskommissionen bei gewissen geisteswissenschaftlichen Fächern vorkommen, dass manche Bewerber mit dem „Argument“ aussortiert wurden, sie seien „zu links“. Das reichte als „Argument“ aus.) Die gegenwärtigen Probleme entspringen jedoch vor allem einer dritten Motivationslage: einem kulturellen Import, nämlich dem sektiererischen Denken der amerikanischen *Identitätspolitik*, das längst auch die Kulturwissenschaften in Europa durchzieht. Es handelt sich um die Metamorphose – oder besser gesagt: eine Verfallserscheinung – einer ursprünglich emanzipatorischen moralisch-politischen Reformbewegung. Ursprünglich ging es dabei um Gleichberechtigung, Selbstermächtigung, Toleranz, Partizipation: Werte, die keineswegs mit der Wissenschaftsfreiheit kollidieren. Neuerdings wird der Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung und Partizipation jedoch identitätspolitisch ausgelegt.

Die Identitätspolitik bietet ein Paradebeispiel dafür, wie kritische Ideen, die ursprünglich viel zur Verbesserung der Gesellschaft beigetragen haben, sich in eine starre Dogmatik verwandeln können. „Erfunden“ wurde das neue Paradigma offenbar 1977 im *Combahee River Collective*, einer Gruppe politisch aktiver lesbischer schwarzer Frauen.<sup>2</sup> Da ihnen schwante, dass ihre soziale Randstellung nicht nur durch den Kapitalismus bedingt war, sondern vor allem mit ihrer Identität als Frauen, Schwarze und Lesben zusammenhing, beschlossen sie, sich zunächst mit

---

<sup>2</sup> Zur Identitätspolitik vgl. Jan Feddersen & Philipp Gessler, *Kampf der Identitäten. Für eine Rückbesinnung auf linke Ideale*, Berlin 2021.

dieser Identität auseinanderzusetzen, statt ihr Leben der zukünftigen Weltrevolution zu widmen. Als ein Jahrzehnt später der Ostblock kollabierte und die „Linke“ eine neue Orientierung suchte, entstand aus der öffentlich reflektierten Entscheidung der Frauengruppe, sich in der politischen Arbeit „zunächst“ auf die Ursachen der eigenen sozialen Ausgrenzung zu fokussieren, allmählich ein neues Dogma über die Identität von Menschen. Bis heute versteht sich die Identitätspolitik als Kampf gegen Rassismus, Sexismus etc. Sie geht aber anders als die Emanzipationsbewegungen nicht davon aus, dass dieses Ziel durch Farbenblindheit (oder das Unwichtigerwerden von Geschlechtsunterschieden etc.) erreichbar ist. Dabei kann sie sich auf die unbestreitbare Erfahrung stützen, dass rassistische, sexistische oder andere menschenfeindliche Einstellungen nicht immer bewusst sind. Daraus zieht sie den – in meinen Augen hochproblematischen – Schluss, dass Rassismus (Sexismus etc.) gar nicht durch eine Haltung der „Farbenblindheit“ überwunden werden kann. „Farbenblindheit“ ist nach dem Dogma des strukturellen Rassismus gar nicht möglich. Wer sich für farbenblind hält, betrügt sich selbst. Wie kann also der Rassismus überwunden werden? Nach der Vorstellung der Identitätspolitik ist das nur durch einen strategischen Rassismus möglich. Sie verlangt, äußere Merkmale wie Hautfarbe so zu behandeln, als sei dadurch die Identität eines Menschen bestimmt. So wird die Identität eines Menschen auf eine winzige Auswahl der unendlich vielen Eigenschaften reduziert, die unsere Lebenssituation und Persönlichkeit prägen: Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Vorlieben und körperliche Besonderheiten. Diesen Merkmalen entsprechend entsteht eine krude Liste von Paaren, von denen die einen pauschal von der Unterdrückung, Ausgrenzung oder Diskriminierung der anderen profitieren und etwas an ihnen wiedergutzumachen haben: Männer/Frauen, Weiße/Schwarze, Heterosexuelle/Queere, Cis-Männer und Cis-Frauen/Transpersonen, Christen/Moslems etc. Zur Identität von Frauen gehört es jetzt, von Männern unterdrückt/diskriminiert zu werden, zur Identität von Weißen, Rassisten zu sein, usw. Wie das auf lange Sicht zu einer nichtrassistischen (nichtsexistischen etc.) Wahrnehmung führen soll, ist ein Rätsel.

Die heutige Identitätspolitik hat sich vor allem im akademisch gebildeten Mittelstand verbreitet. Dort richtet sich der moralische Zorn derjenigen, die sich für diskriminiert halten oder sich mit den Unterdrückten solidarisieren möchten, nicht auf die sozioökonomischen Verhältnisse, sondern vor allem auf die Sprache: Haben bestimmte Worte oder Aussagen das Potential, die Mitglieder der jeweils als Opfer von Diskriminierung definierten Gruppen zu unterdrücken, zu verletzen oder zu schädigen? Daraus entspringen unvermeidbar immer wieder Konflikte mit der Forschung und der Wissenschaftsfreiheit, denn auch sachliche und berechtigte Kritik kann als Kränkung und Verletzung empfunden werden. Ob gerechtfertigt oder nicht: Der Vorwurf der Diskriminierung stößt in der Regel auf ein breites Echo, denn in Mitteleuropa existiert mittlerweile ein breiter Konsens nicht nur unter Akademiker:innen, sondern auch der übrigen Bevölkerung, davon auszugehen, dass jedes Mitglied der Gesellschaft die Möglichkeit haben sollte, sein Leben ohne gruppenbezogene Formen der Verachtung oder Diskriminierung gestalten zu können. Die Behauptung, dass gewisse Wissenschaftler:innen Gruppen diskriminieren oder schädigen, eignet sich daher kaum weniger zur Mobilisierung moralisch ansprechbarer Mitmenschen wie in Russland Putins Behauptung, dass die Ukrainer Nazis sind und man das Vaterland gegen ihren Angriff verteidigen müsse.

Im moralisch motivierten Bestreben, Menschen vor Diskriminierung und Ausgrenzung zu schützen, kann es aber leicht passieren, dass Gekränktheiten oder Ärger über Kritik, wie sie unvermeidliche Begleiterscheinungen einer Debattenkultur sind, mit einer inakzeptablen Form von Diskriminierung verwechselt werden. Zudem stützen sich die neuen Versuche, Vortragende am Reden zu hindern, in der Regel auf eine sehr weite Auslegung von Begriffen, deren Bedeutung und Anwendungsbereich hoch umstritten sind, die derzeit in ihrer Anwendung stark gedehnt werden und die man in der Philosophie als „basically contested concepts“ bezeichnet: den Vorwurf der Islamophobie, des Rassismus, der Transphobie, des Antisemitismus etc.

Entsprechende Forderungen, wissenschaftliche Beiträge abzusagen, haben sich beispielsweise gegen die Philosophin Kathleen Stock („Transphobie“), die Ethnologin Susanne Schröter („Islamophobie“), den Politologen Herfried Münkler („Rassismus“, „Sexismus“), den Historiker Egon Flaig („Rassismus“) und den Philosophen Georg Meggle („Antisemitismus“) gerichtet. Betroffen sind also keineswegs nur konservative ältere Männer, sondern beide Geschlechter und alle politischen Ausrichtungen. Auch wenn sich die Betroffenen nicht einschüchtern lassen und sich selbst in der Presse zu Wort melden, geht von solchen Kampagnen eine abschreckende Wirkung aus, die die freie Debatte lähmt. Denn im Zeitalter des schnellen ‚Shitstorms‘ in den sozialen Medien möchte niemand einer öffentlichen moralischen Anklage und Verurteilung ausgesetzt sein oder auch nur damit in Zusammenhang gebracht werden; daher werden nicht nur Einladungen zurückgezogen, sondern in den meisten Fällen erst gar nicht ausgesprochen. Einen beträchtlichen Schaden nimmt dadurch nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die weitere Öffentlichkeit, denn wo, wenn nicht im geschützten Rahmen der Universität, könnten strittige politische Fragen nüchtern und mit wechselseitigem Respekt ausdiskutiert werden?

Noch viel problematischer als die Verhinderung von Vorträgen ist jedoch die sich in den fachlichen Diskussionen selbst entwickelnde Neigung, kritische Stimmen auszugrenzen, um sich nicht mehr mit ihnen auseinandersetzen zu müssen. So ist beim Thema Gendern derzeit ein Prozess in Gange, der befürchten lässt, dass es bald kaum mehr möglich sein wird, in Fachpublikationen kritische Beiträge zu dieser sich rasant verbreitenden neuen Praxis zu publizieren. Ein Beispiel: Ein angesehener deutscher Kommunikationswissenschaftler verfasst im Dezember 2020 einen Meinungsbeitrag für das Debattenforum der Zeitschrift für Publizistik mit dem Titel „Genderstern und Binnen-I als Zeichen falscher Symbolpolitik in Zeiten eines zunehmenden Illiberalismus“. Wie der Titel schon erkennen lässt, kritisiert er die neue Praxis des Genderns als eine linguistisch unbegründete und von den Universitäten regelwidrig betriebene Verhöhnung der Sprache. Der Beitrag wird von den Herausgeber:innen einstimmig angenommen; sie vereinbaren zugleich mit einer Gruppe derjenigen, die die Genderisierung der Sprache für notwendig halten, Entgegnungen, wie bei solchen Meinungsbeiträgen üblich. Die Zusagen werden zurückgezogen. Stattdessen organisiert man im Fach eine Unterschriftenliste, mit der fast 400 – mehr als 1/3 aller Fachvertreter:innen – von der Zeitschrift verlangen, solche Beiträge nicht mehr zu drucken. Das Bemühen um inklusive und gendergerechte Sprache dürfe nicht durch ‚unwissenschaftliche‘ Artikel diskreditiert werden, heißt es.

Solche Bemühungen, die Kritik an der derzeitigen Forcierung einer angeblich gendergerechten Sprache aus dem wissenschaftlichen Diskurs zu verbannen, beunruhigen die Öffentlichkeit, die um das Ansehen der Wissenschaften fürchtet – zu Recht. In diesem Fall waren sich ausnahmsweise konservative deutsche Medien einig mit der linken taz, die dazu am 18.02.2021 schrieb: „Egal was man davon hält – gemeint ist Stöbers These von der falschen Symbolpolitik im Zeichen des Illiberalismus – darüber muss diskutiert werden dürfen.“

Die allergrößte Gefahr für die gegenwärtige Streitkultur in den Wissenschaften geht jedoch nicht einmal von solchen aktiven Ausgrenzungen aus, sondern von der viel verbreiteteren Selbstzensur aus Angst vor beruflichen Nachteilen oder schlicht aus Konfliktscheu. Besonders spürbar ist das bei Themen wie Migrationspolitik, Genderisierung der Sprache, der Frage, ob das Geschlecht eine biologische Tatsache ist oder frei gewählt werden kann, der Frage, wie die Wissenschaften ihre eigene Rolle mit Blick auf vergangenes Unrecht reflektieren und darauf reagieren sollen, der Intelligenzforschung, der Klimaforschung und vielem mehr. Äußerungen zu solchen Fragen werden in den letzten Jahrzehnten zunehmend wie politische Statements behandelt, mit denen sich Vortragende einer politischen Seite zuordnen, ob sie das nun wollen oder nicht. Sie müssen damit rechnen, dass dann nicht mit Ergänzungsvorschlägen oder Gegenargumenten auf das Vorgebrachte geantwortet wird, sondern mit emotionaler Empörung oder politischen Verdächtigungen, beispielsweise Warnungen wie „mit solchen Fragen spielst Du den Rechten in die Hände“, oder identitätspolitisch begründeten Redeverboten: „Als weißer Mann sollten Sie dazu den Mund halten“. Im empörten Ton vermittelt, sind solche moralischen und politischen Zurechtweisungen probate Mittel, um Menschen zum Schweigen zu bringen. Wir alle sind soziale Tiere und reagieren mit hochempfindlichen emotionalen Antennen auf alle Signale, die uns mit dem Ausschluss aus dem Kreis der anständigen Menschen bedrohen. Wer sich ungeachtet solcher Warnungen weiterhin „politisch inkorrekt“ äußert, muss zudem damit rechnen, durch Unterschriftenkampagnen öffentlich an den moralischen Pranger gestellt zu werden. Die meisten vermeiden es daher lieber, zu heiklen Themen überhaupt etwas zu sagen, oder flüchten sich in politisch korrekte Floskeln. Das verstärkt bei allen die Neigung zur Selbstzensur und setzt die bekannten Mechanismen der Schweigespirale in Gang.

Wie konnte es dazu kommen, dass an den Universitäten heute die freie Debattenkultur in manchen Fächern stärker gefährdet wirkt als in der Öffentlichkeit und den Medien? Diese Entwicklung hat viele Ursachen, interne und externe. Ich möchte mich in meinen Ausführungen weitgehend auf die internen beschränken und zu den externen nur einige Stichworte nennen: Zu letzteren gehört erstens die neue Entwicklung der sozialen Medien, mit der die Entwicklung der Medienkompetenz nicht Schritt halten konnte. Soziale Medien eröffnen die vorher kaum bestehende Möglichkeit, innerakademische Vorgänge in der Öffentlichkeit zu skandalisieren, wie etwa in der sogenannten „Münkler-Watch“. Im selben Zeitraum hat sich zweitens aber auch das Selbstverständnis der Universitäten verändert: Sie verstehen sich heute viel mehr als konkurrierende Unternehmen, die auf ihr Image achten müssen. Das macht sie angreifbar für Skandalisierungen in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig haben sie oft noch keinen professionellen Umgang mit den sozialen Medien entwickelt. Wenn von außen eine politische Kampagne gegen Universitätsangehörige eröffnet wird, kann dies daher dazu führen, dass die Leitungen vorschnell einknicken und es versäumen, sich hinter ihre Lehrkräfte zu stellen, unabhängig

davon, wie sie die Vorwürfe bewerten. Aber auch zwischen den Forschenden und Lehrenden hat sich drittens der Konformitätsdruck durch die Abhängigkeit von Drittmitteln verstärkt. Schließlich ist man darauf angewiesen, dass man von den Kollegen und Kolleginnen positiv begutachtet wird.

### **3. Soll die soziale Gerechtigkeit Vorrang vor der akademischen Freiheit genießen?**

Der ideologische Druck auf die gegenwärtige Debattenkultur hat sich über Jahrzehnte aufgebaut. 2014 gab die amerikanische Studentin Sandra Y. L. Korn im Campusmagazin „The Harvard Crimson“ erstmals einer Vorstellung Ausdruck, die vermutlich längst von vielen der Lehrenden geteilt wurde, auch wenn diese sie nicht so deutlich artikuliert hätten. Unter dem Titel: „Let’s give up on academic freedom in favor of justice“ verkündete Korn: „Student and faculty obsession with the doctrine of ‘academic freedom’ often seems to bump against something I think much more important: academic justice. [...But] why should we put up with research that counters our goals simply in the name of ‘academic freedom’? Instead, I would like to propose a more rigorous standard: one of ‘academic justice’. When an academic community observes research promoting or justifying oppression, it should ensure that this research does not continue....”<sup>3</sup>

Für die Gerechtigkeit gilt allerdings, was Aristoteles über das Gute gesagt hat: jeder Mensch möchte es, jeder aber hat auch eine andere Vorstellung davon, was darunter zu verstehen ist, und nicht wenige davon sind ziemlich töricht. Was die Universität für die Gerechtigkeit tun kann, wäre daher vor allem die Hinterfragung kursierender Konzepte und die Entwicklung eines differenzierten Problembewusstseins. Das gilt umgekehrt auch für die dichten moralischen Begriffe Unterdrückung und Diskriminierung: Einigkeit darüber, was Unterdrückung etc. bedeutet, welche Phänomene darunterfallen und welche Maßnahmen mehr Nutzen als Schaden anrichten, kann keineswegs vorausgesetzt werden. Wenn jedoch der Kampf gegen Unterdrückung – was immer damit assoziiert wird – Vorrang vor der Untersuchung dieser normativen Fragen bekommt, werden solche Begriffe zu bloßen Kampfbegriffen, die eine Gruppe im Macht- und Verdrängungskampf gegen andere einsetzt.

### **4. Die Politisierung der Kultur- und Humanwissenschaften**

Wie konnte es dazu kommen, dass die Universität sich von einem Ort der skeptischen Hinterfragung vermeintlichen Wissens und vermeintlicher normativer Einsichten teilweise in einen Ort der *unhinterfragbaren politischen Selbstgewissheit* verwandelt hat? Die Motivationslage hat sich in den Geisteswissenschaften selbst entwickelt, aus einer komplexen theoretischen und politischen Gemengelage. Dazu gehört die Politisierung der Human- und Kulturwissenschaften bis hin zur heutigen Identitätspolitik, aber auch die Infragestellung des wissenschaftlichen Wahrheitsanspruchs in der Tradition Foucaults sowie die Ersetzung der an

---

<sup>3</sup> Sandra Y. L. Korn, *The Doctrine of Academic Freedom*. In: The Harvard Crimson (18.02.2014), <https://www.thecrimson.com/column/the-red-line/article/2014/2/18/academic-freedom-justice>.

der Ökonomie orientierten marxistischen Gesellschaftsanalyse durch den neuen Glauben, dass Unterdrückung „Diskursen“ entspringt und durch Sprachpolitik überwunden werden kann.

Die Politisierung der Human- und Kulturwissenschaften geht bis auf die Emanzipationsbewegungen und ihre Wechselwirkung mit der Universität seit den sechziger Jahren zurück. Im Gefolge der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA, den Studentenbewegungen, der Frauenbewegung und der Schwulenbewegung hatten sich in den Sozial- und Kulturwissenschaften neue Theorien und Paradigmen zum Verständnis ungleicher Macht- und Statusverhältnisse der sozialen Gruppen und Geschlechter entwickelt. Die noch bis in die sechziger Jahre vorherrschende Vorstellung, soziale Ungerechtigkeiten und Übel seien vor allem durch die Ökonomie und die Eigentumsverhältnisse bedingt, wurde abgelöst durch die an die französischen Denker Pierre Bourdieu und Michel Foucault angelehnte Vorstellung, dass Machtstrukturen als Quelle sozialer und kultureller Ungleichbehandlungen durch ‚Diskurse‘, also letztlich auf der kulturellen Ebene reproduziert werden. Wie Bourdieu es formulierte: „In der Politik ist nichts realistischer als der Streit um Worte. Ein Wort an die Stelle eines anderen setzen heißt, die Sicht der sozialen Welt zu verändern und dadurch zu deren Veränderung beizutragen.“<sup>4</sup> Die Vorstellung, es käme nun vor allem auf eine ‚Dekonstruktion‘ kultureller Codes in öffentlichen Diskursen und im Selbstverständnis der akademischen Disziplinen an, gewann insbesondere durch die Literaturwissenschaften an Einfluss, die seit den Siebziger Jahren in den USA und dann verstärkt auch im deutschsprachigen Raum den französischen Poststrukturalismus rezipierten. In England etablierten sich die Cultural Studies unter dem Einfluss von Stuart Hall. 1969 setzten afroamerikanische Studierende an den amerikanischen Universitäten die Institutionalisierung von Black Studies durch, gefolgt von den Gender Studies, Queer Studies, Postcolonial Studies, später den Critical Whiteness Studies u.a. Neben Gramscis Analyse der kulturellen Hegemonie und Foucaults früher Diskurstheorie übten auch die Kritische Theorie der Frankfurter Schule, die an Hegel anknüpfende Theorie der Anerkennung sowie Foucaults nietzscheanisch inspirierte Analyse der Machttechniken einen starken Einfluss auf die Diskussion aus. Aus diesen Einflüssen entwickelt sich in Verbindung mit der Critical Race Theory eine kulturpolitische Agenda, die auf die Veränderung der Verhältnisse durch die Umschreibung bisheriger Weisen der kulturellen Selbstverständigung zielt.

Auch wenn wir jetzt mit den destruktiven Spätformen dieser Entwicklung ringen, hat die Wissenschaft zunächst davon sehr profitiert. Das Anliegen, die Wissenschaft als eine Institution zu hinterfragen, die in ihrer Struktur soziale Unterschiede abbildet, hat der sozialwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Forschung wichtige Impulse gegeben. Denn eine Forschung, die in den Fragestellungen der Forschung und in der Zusammensetzung der Wissenschaftler:innen und Informant:innen vor allem die Perspektive privilegierter sozialer Gruppen abbildet, kann auch nur einen sehr begrenzten Teil der Wirklichkeit zugänglich machen. Die Kritik an der mit den kolonialen Mächten zusammenarbeitenden Ethnologie des frühen zwanzigsten Jahrhunderts hat immerhin dazu geführt, dass man sich in der Forschung längst darum bemüht, auch die Perspektiven sozial schwacher und epistemisch unterschätzter

---

<sup>4</sup> Pierre Bourdieu, *Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur I*, Hamburg 2015, 84.

Gruppen zu berücksichtigen und die der Frauen ebenso einzubeziehen wie die der Männer. Es ist durchaus im Sinne der Wissenschaft, eine von europäischem Überlegenheitsdenken geprägte Kulturwissenschaft zu dekonstruieren, die „von den anderen gesprochen und sie in Exoten, in Personen verwandelt hat, die unfähig wären, über sich selbst zu sprechen“, wie es der Vordenker Michel Foucault formuliert hat.<sup>5</sup> In der Tradition von Nietzsche und Foucault begann sich allerdings schon seit den achtziger Jahren auch der Wahrheitsanspruch der Wissenschaft in der Rhetorik von „Diskursen“ aufzulösen, in denen soziale Unterschiede etabliert, Menschen durch Machttechniken ein- und ausgeschlossen werden. Foucault erklärte es zur Pflicht des kritischen Intellektuellen, Wahrheit stets in Beziehung zur Macht und zur Moral zu denken.<sup>6</sup> Seine Aufgabe sollte nun darin bestehen, „das Spiel der scheinbar neutralen und unabhängigen Institutionen zu kritisieren; sie zu kritisieren und in einer solchen Weise anzugreifen, dass die politische Gewalt, die in ihnen im Verborgenen ausgeübt wird, aufgedeckt wird, so daß man gegen sie kämpfen kann.“<sup>7</sup>

Wissenschaft soll also zu einem „Kampf“ gegen die herrschenden Verhältnisse werden – gemeint ist allerdings nicht Gewalt, sondern eine Form kultureller Subversion. Solange man den Schwerpunkt auf die Aufdeckung legt, ist diese machtkritische Wissenschaft jedoch durchaus noch Wissenschaft. Von dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu bis hin zu der Philosophin Miranda Fricker richtete sich die Theoriebildung und Forschung verstärkt auf die Art und Weise, wie sich kommunikativ transportierte Vorurteile gegenüber Menschen als Angehörigen bestimmter Gruppen negativ auf ihr Selbstverständnis und so auch auf ihr Handeln und ihre Lebensrealität auswirken. Wer sich aufgrund etablierter sozialer Diskurse als inkompetent wahrnimmt, wird auch keine Kompetenzen ausbilden. An diese sozial produzierten „epistemischen Ungerechtigkeit“ (Miranda Fricker) knüpft auch ein kulturelles Reformprogramm an: Herrschende Narrative sollen ersetzt werden durch Beschreibungen, die die Perspektive derer berücksichtigen, die traditionell aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder sozialen Stellung wenig zu sagen hatten. Durch Beschreibungen der Wirklichkeit aus den Perspektiven von ‚Marginalisierten‘, ‚Diskriminierten‘ oder ‚Minorisierten‘ soll nun in das Gefüge der Macht interveniert werden. Diese Beschreibungen sollen zur Entstehung und Verbreitung einer nichtdiskriminierenden Kultur beitragen.

Auch dieses Anliegen muss keineswegs mit den Zielen der Wissenschaft kollidieren. Foucault selbst war sich bewusst, dass das Streben nach Erkenntnis nicht auf Machtfragen reduziert werden kann; das zeigen seine späten Vorlesungen über *Parrhesia*.<sup>8</sup> Die kritische Reflexion auf die Wissenschaft als eine Institution, die von den Vorurteilen sozialer Gruppen geprägt ist, kann dieser allerdings nur in dem Maße förderlich sein, in dem das eigene Arbeiten noch als eine methodische Suche nach Erkenntnis praktiziert wird. Dabei kommt es nicht darauf an, welchen Wahrheitsbegriff oder welche Auffassung von wissenschaftlicher Erkenntnis man vertritt. Entscheidend ist die Bereitschaft, das eigene Denken der Kritik von Andersdenkenden und empirischen Tests auszusetzen, um es von bloßer Ideologie unterscheiden zu können. Dies ist

<sup>5</sup> Michel Foucault, *Dits et Ecrits. Schriften 2*. Frankfurt 2002, 1016.

<sup>6</sup> Vgl. Michel Foucault, *Der Mut zur Wahrheit*, Frankfurt 2010, 98.

<sup>7</sup> Michel Foucault, *Dits et Ecrits. Schriften 2*. Frankfurt 2002, 617.

<sup>8</sup> Vgl. Michel Foucault, *Die Regierung des Selbst und der anderen*, Frankfurt 2009.



jedoch heute nicht mehr in allen akademischen Bereichen selbstverständlich. Die mit Foucaults kritischer Machttheorie verbundene Wahrheitsskepsis hat zweifellos dazu beigetragen, die Debattenkultur auszuhöhlen. Wer die Wissenschaft allein als eine Institution und Technik wahrnimmt, Privilegien zu erhalten, dem wird das offizielle Anliegen der Erkenntnis nur wie ein ideologisches Täuschungsmanöver erscheinen. Das führt zwangsläufig zur Entzauberung der Wissenschaft als Abenteuer der Ideen und Entdeckungen. Die methodische Verpflichtung zur kritischen Überprüfung der eigenen Vorstellungen im Austausch mit Andersdenkenden verliert an Sinn. Wer Wissenschaft nur noch als Streben nach Macht versteht, benötigt dafür auch keine fachliche Auseinandersetzung mit Andersdenkenden. Er hat auch keinen Grund mehr, denjenigen, die unter Wissenschaft etwas ganz anderes verstehen, ein Podium zur Verbreitung ihrer Botschaften zu bieten. Es kommt vielmehr darauf an, dass die richtigen, nicht die falschen Personen die Schalthebel der wissenschaftlichen Macht bedienen. So neigt die radikale Wahrheitsskepsis aus sich heraus, in Dogmatismus und politischen Aktivismus umzuschlagen.

### **5. Wissenschaft als Sprachpolitik und Sprachmagie**

Die Entwicklung innerhalb der Wissenschaften spiegelt auch gesamtgesellschaftliche Mentalitätsveränderungen wider. In den letzten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts hat sich in den westlichen Gesellschaften ein Mentalitätswandel vollzogen, in dem Schuldgefühle und symbolische Gesten der Wiedergutmachung eine immer stärkere Rolle spielen und teilweise die Funktion religiöser Orientierungen übernehmen. Lange zurückliegende historische Großverbrechen und strukturelles Unrecht wie Apartheid, Rassismus und die Diskriminierung von sozialen und kulturellen Gruppen werden von vielen Menschen in der westlichen Welt heute als eine Schuld empfunden, die von ihnen Läuterung und Wiedergutmachung verlangt. Insbesondere nach dem Zusammenbruch des Ostblocks hat sich der Blick von der Zukunft abgewendet und zunehmend auf die Vergangenheit gerichtet. Die Bürger der Länder, die ehemals Kolonialmächte waren, haben ihre Einstellung gegenüber der kolonialen einer tiefgehenden Revision unterzogen. Australier, Amerikaner und Kanadier entschuldigen sich bei den Nachkommen der Ureinwohner für die Politik der kulturellen und teilweise physischen Vernichtung, weiße Amerikaner fühlen sich schuldig gegenüber den Nachkommen der versklavten Afrikaner. Der Wunsch, etwas zur Wiedergutmachung für koloniale und andere Ungerechtigkeiten beizutragen, macht sich aber vor allem auch innerhalb der Wissenschaften bemerkbar. Man versucht dies einerseits durch die inhaltliche und methodische Ausrichtung der Forschung, indem man der Geschichte der Opfer historischen Unrechts Raum gibt und ihre Perspektiven in den Fokus rückt. Gleichzeitig findet eine zunehmende Sensibilisierung auch für die weniger offensichtlichen Formen von Unterdrückung und Diskriminierung (Mikroaggressionen) und umgekehrt für nicht offensichtliche Verletzlichkeiten potenzieller Opfer von Diskriminierung statt, die einen Handlungsraum erzeugt, in dem man sich symbolisch gegen Diskriminierung, Hass, Rassismus u. a. artikulieren kann. Der amerikanische Soziologe John Torpey hat diese neue moralisch-politische Orientierung auf den Verlust der sozialistischen und kommunistischen Utopien zurückgeführt: „We find ourselves in a postsocialist and postutopian condition which, in the absence of any

plausible vision of a different and better future society, instead fixes its gaze on the past and seeks to ‘make whole what has been smashed’.<sup>9</sup>

Neben der Sensibilisierung für subtile Formen der sozialen Ausgrenzung hat sich die veränderte Wahrnehmung von Sprache auf die Debattenkultur ausgewirkt. Heute wird die Sprache in den kulturwissenschaftlichen Fächern nicht nur als ein Mittel der Kommunikation und der Welterschließung betrachtet, sondern als eine die Subjekte und die soziale Welt konstituierende Macht. An dieser Annahme ist zweifellos etwas Wahres: Dass Begriffe und insbesondere Metaphern einen starken Einfluss darauf haben, wie wir etwas wahrnehmen und bewerten, hat sich in empirischen Untersuchungen immer wieder bestätigt. Das gilt allerdings nicht für die verbreitete viel stärkere Annahme, man könne etwas gar nicht als etwas wahrnehmen, bevor man einen speziellen Begriff dafür hat.<sup>10</sup> Dieser allgemeine Sprachdeterminismus wird in der Linguistik längst nicht mehr vertreten, lässt er sich doch allein schon anhand der menschlichen Fähigkeit widerlegen, Farben zu unterscheiden, ohne dass wir spezielle Worte dafür haben. Gleichwohl neigt man in den Kulturwissenschaften dazu, den Vorschlag Bourdieus, den Worten „eine typisch magische Macht“<sup>11</sup> zuzuschreiben, allzu wörtlich zu nehmen. Mit der Ablösung des ökonomischen durch das kulturwissenschaftliche Paradigma hat sich der Glaube verbreitet, dass die Sprache unmittelbar die soziale Wirklichkeit konstituiert, als Instrument der Mächtigen, die jetzt über Geschlecht, Sexualität und Rasse definiert werden: weiße heterosexuelle Männer. Entsprechend ist man davon überzeugt, dass „die anderen“ – Frauen, Schwarze, Homosexuelle – die Erfahrungen von Unterdrückung, Diskriminierung und Benachteiligung in dieser Sprache gar nicht artikulieren können. Sie müssen daher gar nicht erst durch äußere Druckmittel an Widerstand gehindert werden, sondern werden schon durch gängige Redewendungen, Begriffe oder gar die Grammatik der Sprache (das generische Maskulinum etc.) unterdrückt und unsichtbar gemacht. Viele verstehen diesen Sprachdeterminismus auch im Sinne des Umkehrschlusses, rassistische, sexistische und schwulenfeindliche Verhältnisse ließen sich abschaffen, wenn man die Sprache autoritär regelt.<sup>12</sup>

Mittlerweile halten es nicht nur in den USA – wo der historische Kontext ein ganz anderer ist – sondern auch in Europa viele für unerlaubt, das Schimpfwort ‚Nigger‘ auch nur zu erwähnen, als ginge von ihm unabhängig von Kontext und Absicht eine magische Wirkung aus. Der Glaube an die quasi-magische Bedeutung hat sich längst auch auf das noch von Martin Luther King und Malcom X wertneutral gebrauchte Wort ‚Neger‘ übertragen, sodass man, da nur noch vom N-Wort die Rede ist, auch nicht mehr unterscheiden kann, von welchem Wort eigentlich

---

<sup>9</sup> John Torpey, ‘*Making Whole What Has Been Smashed*’: *Reflections on Reparations*. In: *The Journal of Modern History* 73/2 (2001), 333-358, 343.

<sup>10</sup> So argumentiert Kübra Gümüşay mit Blick auf den Begriff „sexuelle Belästigung“. Vgl. *Die Sprachkäfige öffnen. Gedanken zur Bedeutung von ‚freier Rede‘*. In: *AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE: Freie Rede. Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung*, 70/12–13 (2020), 5.

<sup>11</sup> Pierre Bourdieu, *Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur I*, Hamburg 2015, 93.

<sup>12</sup> Vgl. Massimo Perinelli, *Triggerwarnung!* In: *Weißabgleich. Critical Whiteness#Rassenkunde#Anti-Rassismus. Phase 2. Zeitschrift gegen die Realität* 51 (2015), 9.

die Rede ist. In den USA nehmen diese Tabuisierungen nicht selten tyrannische Formen an, wie im Fall Donald McNeill: Der profilierte Wissenschaftsjournalist verlor seine langjährige Stelle bei der New York Times, weil er auf einer Bildungsreise gegenüber Schülerinnen über die Problematik des N-Worts gesprochen und es zu diesem Zweck auch verwendet hatte. Seine eigenen Kollegen und Kolleginnen in der New York Times hatten seine Entlassung gefordert, obgleich auch sie nicht davon ausgingen, dass er jemanden rassistisch hatte beleidigen wollen, und obgleich er sich entschuldigt hatte. In einer Gesellschaft, die eigentlich nicht an die magische Wirkung von Worten glaubt, geben solche Vorfälle Rätsel auf. Wie kann das mangelnde Gespür eines Menschen für den Umstand, dass das N-Wort –inzwischen unter ein absolutes Sprachtabu fällt (was kurz vorher ja noch nicht der Fall gewesen war), bei der Mehrheit in der Redaktion einer traditionell liberalen Zeitung als ein Delikt von einer Schwere betrachtet werden, die weder durch eine persönliche Entschuldigung, noch durch lebenslange Verdienste aufgewogen werden kann?<sup>13</sup> Die Entlassung von McNeill verletzt das Schuldprinzip, das dem modernen Recht zugrunde liegt und die Vorwerfbarkeit einer Handlung an ihre Intention bindet.

Es ist auch nicht erkennbar, dass das durch eine solche Missachtung des Schuldprinzips zerstörte Vertrauen durch den möglichen Nutzen einer Tabuisierung der beleidigenden Begriffe aufgewogen werden könnte. Die Erfahrung zeigt, dass eine Tabuisierung die emotionale Wirkung verletzender Sprache eher steigert, wie Judith Butler schon vor 25 Jahren in ihrem bemerkenswerten Buch „Excitable Speech“<sup>14</sup> mit Blick auf Sprachtabus bemerkt hat:

Keeping such terms unsaid and unsayable can also work to lock them in place, preserving their power to injure, and arresting the possibility of a reworking that might shift their context and purpose. That such language carries trauma is not a reason to forbid its use.<sup>15</sup>

Tabuisierungen verhindern, dass Menschen Strategien der verbalen und psychologischen Abwehr gegen demütigendes oder feindseliges Sprachverhalten anderer entwickeln. Gerade Beleidigungen scheitern als Sprachhandlungen in der sozialen Realität meistens, weil ihr Erfolg dadurch bedingt ist, wie sich die Adressaten zu den negativen Botschaften verhalten. Er hängt davon ab, ob diejenigen, die eine Sprecherin demütigen möchte, die Kränkung „annehmen“ oder einen Gegenangriff starten, über sie lachen oder sie positiv umwerten. Gerade in Kontexten mit sehr ungleichen Machtverhältnissen entwickeln Menschen gewöhnlich differenzierte verbale und psychologische Register, um verbale Attacken abwehren und umlenken zu können: Register der ironischen Unterwürfigkeit und Übertreibung, des Spottes, der Aneignung und positiven Uminterpretation von Schimpfworten oder des lustvollen Wettstreits der Beleidigungen wie im battle rap. Historische Prozesse der Selbstermächtigung

<sup>13</sup> Die Tabuisierung von rassistischen Worten setzt zudem mit Blick auf die vermeintlich zu Schützenden ein Signal, das der antirassistischen Absicht zuwiderläuft, insofern ihnen implizit die menschliche Fähigkeit abgesprochen wird, Worte im Kontext zu verstehen, wie John McWhorter moniert: It „is a strange kind of antiracism that requires all of us to make believe that Black people cannot understand the simple distinction between an epithet and a citation of one.“ Vgl. John McWhorter, *Woke Racism*, London 2022.

<sup>14</sup> Vgl. Judith Butler, *Excitable Speech. A Politics of the Performative*, London 1997, 4.

<sup>15</sup> Vgl. Judith Butler, *Excitable Speech. A Politics of the Performative*, London 1997, 38.

marginalisierter Individuen und Gruppen sind nie autoritären Regelungen und Protektionsmaßnahmen entsprungen, sondern der kreativen Aneignung der Sprache und der gemeinsamen Organisation, wie die Geschichte der Schwulenbewegung zeigt: Niemand kann heute mehr einen Homosexuellen als Schwulen beleidigen (oder in Nordamerika als „queer“), weil sich die Homosexuellenbewegungen das frühere Schimpfwort längst angeeignet und positiv umgewertet hat.

## 6. Der ideologische Missbrauch der Rhetorik der Vulnerabilität

Mit der zunehmenden Verbreitung der Vorstellung, dass die soziale Realität durch die Sprache erzeugt wird und dass man entsprechend die Sprache von allem reinigen muss, was diskriminierend wirken könnte, ist die Bereitschaft gesunken, auch irritierende Äußerungen als normalen Bestandteil freier akademischer Debatten zu akzeptieren. Schon vor drei Jahrzehnten äußerte Jonathan Rauch die Befürchtung:

Ein sehr gefährlicher Grundsatz wird jetzt als soziales Recht eingeführt: Du sollst andere nicht mit Worten verletzen. Dieser Grundsatz ist eine Bedrohung - und zwar nicht nur für die bürgerlichen Freiheiten. Im Grunde bedroht er die liberale Forschung – also die Wissenschaft selbst.<sup>16</sup>

Diese Entwicklung wurde verstärkt durch die starke Dehnung, welche Begriffe für die menschliche Verletzlichkeit in den letzten Jahrzehnten erfahren haben. Mittlerweile werden scheinbar vertraute Begriffe der Alltagssprache für negativ bewertete Phänomene wie Gewalt, Vorurteile oder Hass ebenso wie die medizinischen und psychologischen Begriffe Trauma, Depression, Vulnerabilität auf immer schwächere Phänomene angewendet. Im Einzelnen gab es dafür oft gute Gründe; wenn ein Begriff auf neue Phänomene angewendet wird, richtet sich die Aufmerksamkeit auf Aspekte dieser Phänomene, die man vorher möglicherweise zu wenig berücksichtigt hat. Die Folge ist jedoch, dass der Bereich des Normalen und zu Akzeptierenden im Verhältnis zum Pathologischen und Schädlichen zunehmend zu schrumpfen scheint.

Nach dem berühmten Schadensprinzip von John Stuart Mill darf die individuelle Freiheit, auch die Redefreiheit, insoweit begrenzt werden, als sie „niemand anderen Schaden zufügen darf.“<sup>17</sup> Mill dachte dabei an bedrohliche Situationen, in denen diejenigen, an die die Rede gerichtet ist, sie als unmittelbare Aufforderung zur physischen Gewaltausübung verstehen können. Im Zuge der Ausweitung der Begriffe für negative Phänomene wie Gewalt, Enteignung hat sich in manchen „kritischen“ akademischen Fachrichtungen der Eindruck verfestigt, dass das Schadensprinzip auch auf Forschung anzuwenden ist, die nicht das Selbstverständnis von Gruppen wiedergibt, die gegenüber „den Privilegierten“ „die anderen“ darstellen.<sup>18</sup> Der Preis dafür, beispielsweise den Gewaltbegriff auch auf Denkweisen und Worte anzuwenden (epistemische Gewalt etc.), liegt jedoch darin, dass der Unterschied zwischen einer

---

<sup>16</sup> Jonathan Rauch, *Kindly Inquisitors*, Chicago 1993, 4 (meine Übersetzung).

<sup>17</sup> John Stuart Mill, *Über die Freiheit*, Hamburg 2009, 79.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu die Studie des Psychologen Nick Haslam, *Concept Creep: Psychology's expanding Concepts of Harm and Pathology*. In: *Psychological Inquiry* 27/1 (2016), 1-17.

paternalistischen Vereinnahmung, Vorurteilen und physischer Gewalt in den Hintergrund tritt. Eine besonders bizarre Nebenwirkung ist die mittlerweile verbreitete Vorstellung, dass (im metaphorischen Sinne) verletzende Worte unmittelbaren physischen Schaden hervorrufen können. Über die Vermittlung des immer weiter gedehnten Gewaltbegriffs kann sich die positive Forderung nach partizipativer Meinungsfreiheit daher recht schnell in die negative Forderung nach Einschränkung des Sagbaren zum Schutz vor ‚epistemischer Gewalt‘ verwandeln. Wer Islamwissenschaftlern und Politologinnen, die sich kritisch mit dem politischen Islam auseinandersetzen, die Ausübung epistemischer Gewalt vorwirft, diagnostiziert einen illegitimen Übergriff analog zur physischen Gewalt. Wie sich das auf die wissenschaftliche Praxis auswirken kann, zeigt die Forderung, die Kulturanthropologin Susanne Schröter von der Universität Frankfurt zu entlassen, als sie eine Konferenz zum Thema „Das islamische Kopftuch - Symbol der Würde oder Unterdrückung?“ organisierte. Schröter hatte Rednerinnen eingeladen, die eine Vielzahl von Positionen vertraten, darunter eine bekannte Verteidigerin des Kopftuchs als Symbol für weibliche Würde und Autonomie. Nach den Dogmen der Gruppe gegen antimuslimischen Rassismus verfügt eine Angehörige des weißen deutschen Bürgertums jedoch nicht über die Legitimität, sich kritisch mit islamischen Traditionen zu befassen. Wenn Wissenschaft oder öffentliche Diskussionen als ‚epistemische Gewalt‘ verstanden werden, dann ist es nicht allzu weit zu der Vorstellung, dass man sich gegen diese Gewalt auch mit Gewalt verteidigen darf; kein Wunder, dass es bei einer anschließenden Veranstaltung auch zu physischen Übergriffen kam.

Diese Dehnung des Gewaltbegriffs, die auch nüchtern und sachlich geführte Diskussionen als illegitimen Übergriff beschreibbar macht, wurde im letzten Jahrzehnt auch durch akademische Diskussionen über Hatespeech oder Microaggressions vorangetrieben, die sich um die Verletzungsgefahren der Rede speziell mit Blick auf Minderheiten oder benachteiligte Gruppen drehen. Dabei wird vorausgesetzt, dass Worte im nicht nur übertragenen Sinne „verletzen“ oder „tödlich“ sein können, je nachdem, in welcher sozialen Position sich die Betroffenen befinden und ob es schon eine Geschichte von Marginalisierung und Diskriminierung gibt. Als physische Wirkungen von Hate Speech werden unter anderem genannt: „psychological symptoms and emotional distress ranging from fear in the gut, rapid pulse rate and difficulty breathing, nightmares, post traumatic disorder, hypertension, psychosis and suicide.“<sup>19</sup> Wenn wirklich derartige physische Schäden die Folge von Hate Speech wären – was immer unter Hate Speech zu verstehen ist –, dann wäre sie in ihren Wirkungen nicht von physischer Gewalt zu unterscheiden. Diese Annahme ist jedoch äußerst fragwürdig. Zwar kann der psychische Stress durch „verletzende Worte“ unter sehr speziellen Voraussetzungen durchaus zu physischen Schäden führen. Medizinische Untersuchungen belegen, dass lange Phasen psychischen Stresses in einer konstant feindseligen sozialen Umgebung sich schlecht auf das Nervensystem auswirken und das Gehirn verändern können, mit weiteren physischen Folgen. Dieser Befund ist jedoch nicht auf einzelne Stresssituationen übertragbar, noch zeigt er, dass Stress generell zu vermeiden ist. Das menschliche Nervensystem ist bekanntlich darauf ausgerichtet, periodisch auftretende Stresssituationen zu bewältigen. Es nähme eher Schaden durch eine

---

<sup>19</sup> Mari J. Matsuda, Charles R. Lawrence u.a., *Words That Wound: Critical Race Theory, Assaultive Speech, and the First Amendment*, Boulder 1993, 6.

völlige Vermeidung von Stress. Während ein einzelner physischer Schlag erheblich verletzen kann, kann eine solche Verletzungsgefahr von beleidigenden und herabsetzenden Äußerungen nur als Element einer dauerhaft feindseligen sozialen Umgebung ausgehen, der sich die Betroffene nicht entziehen kann; etwa im Kontext einer toxischen Lebensgemeinschaft. Die heutigen neurologischen Befunde mit Blick auf die Wirkung von Stress, Angst, Zorn und anderen emotionalen Reaktionen auf unerwünschte Kommunikationen liefern uns also keinen Grund, die alte Stereotype „Was uns nicht umbringt, macht uns stärker“ mit Blick auf Opfer von Diskriminierung pauschal für weniger zutreffend zu halten als die heute verbreitete Vorstellung, sie seien ganz besonders verletzbar. Es hängt eben von den Lebensumständen und auch von der Persönlichkeit der Betroffenen ab – ganz abgesehen davon, dass eine Person zugleich „tough“ und verletzbar sein kann. Auch aus der moralischen Verpflichtung zu einer gewissen Solidarität gegenüber Menschen, die benachteiligt oder gedemütigt wurden, ergibt sich kein guter Grund, sie als Gruppe auf den Status der an und für sich Schwachen und Vulnerablen festzulegen, zumal dieses Bild den Betroffenen, wenn es von ihnen übernommen wird, nur schaden kann.

### **7. Wie die Rhetorik der Vulnerabilität zur Verschleierung von Interessenskonflikten missbraucht wird**

Ob Menschen vulnerabel sind oder nicht, ist nicht allein aus den Merkmalen zu erschließen, aufgrund derer sie potenzielle Opfer von Ausgrenzung und Diskriminierung sind oder waren, da es stark davon abhängt, wie sie selbst darauf reagieren und ihr Leben gestalten. Auch Macht ist nichts Statisches. Sie wird erhalten, gesteigert, oder kann verlorengehen in dem Versuch, durch öffentliches Sprechen Einfluss auf andere zu nehmen. Diese Dynamik der Macht gerät aus dem Blick, wenn man Menschen identitätspolitisch in statisch diskriminierende und diskriminierte Gruppen sortiert, und letzteren wiederum pauschal eine höhere Vulnerabilität attribuiert. Damit soll nicht bestritten werden, dass es Diskriminierung gibt, dass Menschen unterschiedlich davon betroffen sind, und dass sie sich auf die Selbstwahrnehmung und die Empfindlichkeiten der Betroffenen auswirkt. Ihre Macht und Vulnerabilität hängen gleichwohl auch davon ab, ob sie unbeachtet und allein leiden oder sich beispielsweise mit anderen Personen in ähnlicher Lage zu Interessensverbänden und Pressure Groups verbinden, um durch öffentliche Interventionen gegen Diskriminierung und für ihre Interessen zu kämpfen. Daraus kann eine Dynamik der Macht entspringen, die neue Machtverhältnisse etabliert, etwa wenn Transgender-Interessensverbände medialen und institutionellen Einfluss erlangen. Der Status eines Opfers in einer von christlichen Werten geprägten Gesellschaft kann selbst ein beträchtlicher Machthebel werden, da er Solidarisierungen auslöst. Eine Person kann daher in verschiedenen Hinsichten zugleich mächtig und ohnmächtig sein: So kann eine Transgenderperson als Individuum immer wieder Verständnislosigkeit oder Feindseligkeit ausgesetzt sein, während ihre Transgenderorganisation längst eine beträchtliche politische Macht ausübt, die auch gegen die Interessen anderer Gruppen und Individuen eingesetzt wird.

Wenn diese Dynamik der Macht ignoriert wird und Macht ebenso wie Vulnerabilität abstrakt nach Merkmalen attribuiert wird, tendiert die moralische Rhetorik der Vulnerabilität dazu, in Ideologie umzuschlagen. Die Bezeichnung „ideologisch“ gebrauche ich hier für die Verschleierung von Macht- und Interessenskonflikten, ob es nun um die Erhaltung der

Machtinteressen dominanter Gruppen oder um die Machterweiterung anderer Gruppen geht. Dazu gehört ein abstraktes Denken in Kollektivkategorien, das der Menge von Menschen, auf die ein Name oder Begriff anwendbar ist, auch eine reale Gemeinsamkeit unterstellt. In Verbindung mit der Rhetorik der Vulnerabilität macht das Denken in Kollektivkategorien eine realistische Einschätzung konkreter Konflikte nahezu unmöglich. Wenn beispielsweise Muslime nicht als eine Menge von (mehr oder weniger religiösen und nichtreligiösen) Individuen und Gruppen wahrgenommen werden, sondern im Lichte der identitätspolitischen Konstruktion einer vulnerablen, von allen Moslems geteilten islamischen Identität, dann wird Kritik an speziellen islamischen Vorstellungen und Praktiken als „islamophober“ Angriff auf diese verletzte Identität erscheinen. Begriffe wie „Islamophobie“, die ähnlich pauschal eingesetzt werden wie „Vulnerabilität“, dienen dann dazu, den entscheidenden moralischen Unterschied zwischen zwei unterschiedlichen Reaktionen auf Muslime zu verschleiern: Einerseits die moralisch inakzeptable Verfolgung oder soziale Benachteiligung von Muslimen, andererseits die Kritik an religiösen Dogmen oder gruppentypischen sozialen Praktiken, die liberale Werte oder Frauenrechte verletzen. Das Banner des Kampfes gegen Diskriminierung kann so zur Diffamierung Andersdenkender missbraucht werden, wie es Sama Maani beschreibt: „Anstatt dass es um den Schutz einzelner Menschen vor Diskriminierung ginge, wird mit dem Begriff Islamophobie so getan, als wäre der Islam ein Individuum, dem Menschenrechte und Schutz zustünden, obwohl Menschenrechte doch Individualrechte sind... Anstatt aber die Individuen gegen Unrecht zu schützen, wird mit dem Konzept der Islamophobie der Islam zum schützenswerten Subjekt erklärt und Kritik am Islam gilt auf einmal als Rassismus.“<sup>20</sup>

Der Missbrauch der Rhetorik der Vulnerabilität für persönliche Angriffe gegen Kritiker beschädigt die wissenschaftliche Streitkultur, die es ja eigentlich ermöglichen sollte, Sachfragen auch dann nüchtern auszudiskutieren, wenn es um Interessenkonflikte geht. Ein besonders beunruhigendes Beispiel hierfür bietet die internationale Diffamierungskampagne gegen die englische Philosophieprofessorin Kathleen Stock, an der auch Fachkollegen und -kolleginnen aus dem deutschsprachigen Raum beteiligt waren und die zur Folge hatte, dass Stock aufgrund von Morddrohungen gegen sie und ihre Familie ihre Professur aufgab. Der Anlass war ein Konflikt zwischen feministischen Gruppen und Transgenderorganisationen bezüglich eines geplanten Zusatzes zum englischen Transgender Recognition Act gewesen. Die lesbische Feministin Stock hatte in den sozialen Medien Kritik daran geäußert, dass dieser Zusatz dazu führen würde, dass biologische Männer, die sich ohne eine medizinische und psychologische Geschlechtsangleichung selbst zu Frauen erklären, auch ohne jede Einschränkung rechtlich zu Frauen werden. In einem Offenen Brief vom Januar 2021, den nicht weniger als 700 ihrer internationalen Kollegen und Kolleginnen aus der Philosophie unterschrieben, wurde ihr daraufhin „transphobic fearmongering“ und „attacks on already marginalized people“ vorgeworfen. Es ist nicht erkennbar, ob Stocks (moderat und sachlich formulierte) Einwände den Unterschreibenden überhaupt bekannt waren, da sie in dem Brief gar nicht erwähnt werden; in der ersten Version des Briefes wurde ihr sogar eine Ablehnung

<sup>20</sup> Sama Maani, *Mit dem Begriff Islamophobie gehen wir den Rassisten auf den Leim*. In: Patsy L'Amour LaLove, *Beißreflexe: Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten*, Berlin 2017, 204-211.

des englischen Gender Recognition Act unterstellt, was sie nie vertreten hatte.<sup>21</sup> Das lässt befürchten, dass die meisten Unterschreibenden, die nicht in England lebten und nicht die Diskussion in bestimmten dortigen sozialen Medien verfolgt hatten, auch keine Kenntnis von Stocks Debattenbeiträgen hatten, sondern nur aufgrund von Gerüchten unterschrieben; im Brief wird nur sehr vage und pauschal über gefährliche Auswirkungen ihres „Diskurses“ auf Transgenderpersonen als vulnerable Gruppe und den „patriarchalen Status Quo“ spekuliert:

Discourse like that Stock is producing and amplifying contributes to these harms, serving to restrict trans people’s access to life-saving medical treatments, encourage the harassment of gender-non-conforming people, and otherwise reinforce the patriarchal status quo.<sup>22</sup>

Anstelle einer Unheilsphantasie über die gefährlichen Auswirkungen solcher „Diskurse“ und einer Machtdemonstration durch die Sammlung von Unterschriften sollte man in akademischen Kontexten jedoch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Stocks Kritik unter Berücksichtigung der gegebenen Informationen zur Faktenlage erwarten können. Schließlich kann eine jede Gesetzgebung wie alle Handlungen für unterschiedliche Betroffene unterschiedliche Konsequenzen haben. Was aus der Perspektive der einen eine hilfreiche gesetzliche Änderung darstellt, die ihnen Unannehmlichkeiten und Demütigungen erspart und neue Möglichkeiten im Sport einräumt, kann für die anderen den Abbau von Schutzrechten und eine Benachteiligung in physisch kompetitiven Bereichen zur Folge haben. Wie immer man sich selbst hier positionieren mag: Solche Diskussionen anzustoßen, ist keine unrechtmäßige Schädigung der legitimen Interessen von Transpersonen. Stock nahm ihr Recht als Hochschullehrerin wahr, eine detaillierte Auseinandersetzung in einem heiklen Themenbereich zu fordern, sowie ihr Recht als Bürgerin und lesbische Feministin, sich für die Interessen von Frauen einzusetzen. Menschen mit einer Diskriminierungsgeschichte wie in diesem Fall die Transpersonen haben wie alle ein Anrecht auf Gleichbehandlung und Anerkennung; das darf jedoch kein Grund sein, ihren Interessen ein absolutes Vorrecht gegenüber den legitimen Interessen anderer Gruppen oder Kritikerinnen einzuräumen, indem ein Interessenkonflikt zu einem moralischen Konflikt verfälscht wird, in dem es darauf ankommt, sich auf die Seite des Guten gegen das Böse zu schlagen. Diese gewollte Naivität, mit der man es sich moralisch bequem macht, schädigt die freie Debatte, die demokratische Gesellschaften dringend brauchen, um allen Gruppen gerecht werden zu können.

## **8. Wie kann die Wissenschaft am besten der Gerechtigkeit dienen?**

Müssen wir also der Wissenschaft zuliebe darauf verzichten, die Welt auch durch Wissenschaft besser machen zu wollen? Nein. Ganz im Gegenteil können wir soziale Gerechtigkeit langfristig nur dann fördern, wenn wir ihr nicht Vorrang vor der Wahrheit einräumen. Schließlich hängt unsere Autorität als Wissenschaftler oder Philosophinnen und damit auch

<sup>21</sup> Die Verantwortlichen waren genötigt, später ein Erratum hinzuzufügen: "the original version of this letter incorrectly stated that Stock opposes the UK’s Gender Recognition Act. This was an error". Die in dem Brief auf Grund dieses „Irrtums“ erhobenen eher wilden Anschuldigungen wurden jedoch nicht modifiziert.

<sup>22</sup> Vgl. ihren „Open Letter gegen Transphobia“, <https://sites.google.com/view/trans-phil-letter/>.



unsere Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, davon ab, dass die akademischen Fächer den methodischen Verpflichtungen Rechnung tragen, die wissenschaftliche Forschung von bloßer Meinung und Groupthink unterscheidet. Gerade wenn man es zu seinem Anliegen macht, die Interessen marginalisierter und ausgegrenzter Gruppen zu fördern, muss man sich auf die Autorität der Wissenschaften stützen können, um Vorurteile in der Öffentlichkeit entkräften zu können. Eines der wichtigsten Argumente für die freie Debatte in den Wissenschaften ist daher ein emanzipationstheoretisches, das der Schwulenaktivist Jonathan Rauch im Ausgang von seiner eigenen Erfahrung im Kampf gegen Schwulenhass formuliert hat: Die größte Gefahr für marginalisierte Gruppen geht nicht von einem irrationalen, sondern einem rationalen Hass aus. Unter rationalem Hass versteht Rauch eine Ablehnung von Gruppen, die falschen Annahmen über diese Gruppen entspringt, aber durchaus gerechtfertigt wäre, wenn diese Annahmen zutreffen würden. Wer z. B. glaubt, dass schwule Männer eine Gefahr für Kinder seien, wird diese Personengruppe auch dann ablehnen, wenn von ihm Toleranz und Respekt eingefordert wird. Diesen Hass kann man daher nicht abbauen, indem man entsprechende Äußerungen verbietet, sondern nur, indem man ihm die (irrtümliche) Grundlage entzieht. Das ist im Falle der Schwulenbewegung dadurch möglich geworden, dass sie durch öffentliche Proteste die Öffentlichkeit nötigte, alte Vorurteile über Schwule zu prüfen, wie dass von ihnen größere Gefahr für Kinder ausgeht als durch Heterosexuelle, dass sie kein glückliches Leben führen können etc.<sup>23</sup> Erst durch die dadurch angeregte wissenschaftliche Befassung mit diesen Fragen und ihre Diskussion in der Öffentlichkeit konnte sich allmählich die psychologische Einstellung gegenüber Schwulen ändern. Dies wäre nicht möglich ohne eine Wissenschaft, die für alle glaubwürdig ist, weil man darauf vertrauen kann, dass sie nicht Ideologien folgt, sondern ergebnisoffen forscht. Nur eine solche Wissenschaft kann dazu beitragen, falsche Annahmen durch empirisches Wissen und eine empirisch begründete Ethik zu ersetzen.

---

<sup>23</sup> Vgl. Jonathan Rauch, *Kindly Inquisitors*, Chicago 1993, 177.